



N i e d e r s c h r i f t

11. Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Verkehr und Gesundheit

Sitzungstermin: Montag, 21.09.2015
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 21:00 Uhr
Ort, Raum: Feuerwehrtechnisches Zentrum Norderstedt, Stormarnstraße 2, 22844 Norderstedt

Anwesende:

Frau Rosemarie Jahn
Frau Angelika Hahn-Fricke
Herr Martin Ahrens
Herr René Bülow
Herr Peter Gloger
Herr Sönke Siebke
Frau Susanne Strehl
Herr Gerd Günther
Herr Dieter Riemenschneider
Herr Jens Wersig
Herr Timo Lumma
Herr Raimund Schulz
Herr Toni Köppen
Herr Norbert Dachsel
Frau Anke Pawlik Kreissenorenbeirat
Frau Ute Algier
Herr Claus Peter Dieck
Herr Anton Josov
Herr Gerd-Rainer Busch
Frau Ingrid Olef
Herr Gebauer Kreiswehrführer des Kreises Segeberg
Herr Reimer FBL Integrierte Leitstelle Stadt Norderstedt
Herr Michael Beitz Rettungsdienstleiter KBA
Herr Ingo Lender Vorsitzender KBA
Herr Dr. Westphal MedComm
Herr Landrat Schröder

Vertretung für: Herrn Hans-Jürgen
Sass-Olker ab 18:20 Uhr (TOP 5.1)

Vertretung für: Frau Maren Berger

Vertretung für: Herrn Konrad Bewers-
dorf Kreissenorenbeirat
KT-Abg. als Gast
KT-Abg. als Gast
KT-Abg. als Gast
KT-Abg. als Gast bis 19:35 Uhr
als Gast
bis 19:35 Uhr
bis 19:35 Uhr
bis 19:35 Uhr

Frau Grandt FBL Soziales, Jugend, Bildung, Gesundheit
Herr Schröder FBL Ordnungswesen, Straßenverkehr, Verbraucherschutz
Frau Dr. Hakimpour-Zern FDL Gesundheit
Herr Lorenzen FDL Feuerwehrwesen Zivil- und Katastrophenschutz, Rettungsdienst bis 19:35 Uhr
Herr Meenen FDL Ausländer- und Asylangelegenheiten bis 19:35 Uhr
Frau Schröder FDL Ordnungs- und Gewerbeangelegenheiten
Frau Harder Protokollführerin

Abwesende:

Herr Hans-Jürgen Sass-Olker
Frau Maren Berger
Herr Konrad Bewersdorf Kreissenioresenbeirat

Tagesordnung:

(öffentlich)

- 1 Einwohnerfragestunde I
- 2 Formalien
- 2.1 Genehmigung der Tagesordnung
- 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 08.06.2015
- 3 Vorstellung der Leitstelle und Beantwortung von Fragen des Ausschusses
- 4 Vorstellung des KBA - Verein für Krankentransport, Behinderten- und Altenhilfe e.V.-
- 5 Beratung und/oder Beschlussfassung
- 5.1 Einführung Digitalfunk
Vorlage: DrS/2015/199
- 5.2 Geschwindigkeitsüberwachung und Rotlichtverstöße, öffentlich-rechtlicher Vertrag zwischen dem Kreis Segeberg und der großen kreisangehörigen Stadt Norderstedt
Vorlage: DrS/2015/212
- 6 Berichte der Verwaltung
- 6.1 Psychiatrieplan Kreis Segeberg Jahresbericht 2014/15
- 6.2 Aktuelle Entwicklungen im Bereich Asylbewerber

- 6.3 Tätigkeitsbericht der Heimaufsicht
Vorlage: DrS/2015/218
- 6.4 Bericht zu MedComm
- 6.5 Weitere Berichte
- 7 Verschiedenes
- 7.1 Informationen und Anfragen
- 7.2 Anregungen für die nächste Sitzung
- 8 Einwohnerfragestunde II

Protokoll:

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Sie stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist.

Anschließend werden die Punkte der Tagesordnung wie folgt beraten und beschlossen:

(öffentlich)

zu 1 Einwohnerfragestunde I

Es werden keine Fragen aus der Einwohnerschaft gestellt.

zu 2 Formalien

zu 2.1 Genehmigung der Tagesordnung

Die Vorsitzende erklärt, einen Bericht von Herrn Dr. Westphal zum Projekt MedComm auf die heutige Tagesordnung nehmen zu wollen. Herr Josov bittet darum, den Bericht zu den Asylbewerbern vor dem Psychiatrieplan zu behandeln. Der Ausschuss erklärt sich mit diesen Änderungen einverstanden.

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 08.06.2015

Da es keine Wortmeldungen gibt, gilt die Niederschrift als genehmigt.

zu 3 Vorstellung der Leitstelle und Beantwortung von Fragen des Ausschusses

Anhand der anhängenden Präsentation stellt Herr Reimer die integrierte Leitstelle der Feuerwehr Norderstedt vor. Zuvor gab es eine Führung des Ausschusses durch die Räumlichkeiten. Auf Nachfrage von Herrn Günther erklärt Herr Reimer, dass bzgl. ausländischer Sprachen, Eckpunkte in Englisch und Polnisch abgefragt werden könnten. Für medizinische Aussagen reiche es nicht.

zu 4 Vorstellung des KBA - Verein für Krankentransport, Behinderten- und Altenhilfe e.V.-

Herr Ingo Lender stellt sich zunächst als neuer Vorsitzender der KBA vor und anschließend die Arbeit des Vereins anhand der anhängenden Präsentation.

Aufgrund der Nachfrage von Herrn Gloger zu den Hintergründen für die Kooperation mit Falck erläutert Herr Lender, dass der KBA Außenstände in Höhe von ca. einer Million Euro habe, da es noch zu keiner Einigung unter den Rettungsdiensten gekommen sei. Zwar habe der Kreis ausgeholfen, die Banken würden aber trotzdem Druck machen. Aus diesem Grund sei sich das Geld bei Falck geliehen wurden.

zu 5 Beratung und/oder Beschlussfassung

zu 5.1 Einführung Digitalfunk Vorlage: DrS/2015/199

Nachdem Frau Hahn-Fricke sich darüber informiert, ob die Dichte der Funkmasten ausreichend sei, erklärt Herr Lorenzen, dass Probefahrten im Kreis Segeberg ergeben haben, dass das Signal fast überall gut bzw. ausreichend gewesen sei. Für den Segeberger Forst müsse noch eine Lösung für eine Verstärkung gefunden werden. Sollten weitere Gebiete bekannt seien, für die Nachholbedarf bestehe, bittet Herr Lorenz um entsprechende Mitteilungen. Zu Herrn Gloger führt Herr Lorenzen aus, dass das Netz fertig sei und die Zahlungspflicht entstehe, sobald die ersten Geräte genutzt werden. Das werde im November diesen Jahres soweit sein. Abschließend erläutert Herr Matthias Schröder auf Nachfragen von Herrn Ahrens, dass eine Kündigung der Erklärung durch eine Partei nicht zu erwarten sei, da es keine Alternativen gebe. Die Vorsitzende lässt sodann über die Vorlage abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Ordnung, Verkehr und Gesundheit und der Hauptausschuss empfehlen, der Kreistag beschließt:

Der Kreis Segeberg tritt dem bundesweit einheitlichen Digitalfunk für die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS-Digitalfunk) bei. Der Landrat wird ermächtigt die entsprechenden Erklärungen gegenüber dem Land Schleswig-Holstein abzugeben.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 12 Ablehnung: - Enthaltung: -

zu 5.2 Geschwindigkeitsüberwachung und Rotlichtverstöße, öffentlich-rechtlicher Vertrag zwischen dem Kreis Segeberg und der großen kreisangehörigen Stadt Norderstedt Vorlage: DrS/2015/212

Der Landrat erläutert den vorliegenden Vertrag und erklärt, dass dieser dem Innenministerium bereits zur Prüfung vorgelegen habe. Das Ziel sei eine Unterzeichnung zum Jahresende. Auf den Hinweis von Herrn Ahrens, dass der §5 nicht verbindlich genug sei, erläutert Herr Matthias Schröder, dass sich Stadt und Kreis in Zukunft sehr gut abzustimmen haben. So würden z.B. nicht zwei Blitzer direkt hintereinander stehen. Anschließend lässt die Vorsitzende über die Vorlage abstimmen.

Beschlussvorschlag:

OVG und Hauptausschuss empfehlen dem Kreistag, den in der Anlage zur Vorlage vorgelegten Vertrag mit der Stadt Norderstedt abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 12 Ablehnung: - Enthaltung: -

zu 6 Berichte der Verwaltung

zu 6.2 Aktuelle Entwicklungen im Bereich Asylbewerber

Herr Meenen berichtet über die aktuellen Zahlen bzgl. der Entwicklung im Asylbereich. Zum

Stichtag 25.09.2015 seien dem Kreis 1.130 Personen zur Aufnahme und Unterbringung zugewiesen worden. Nach Aussage des Landes gebe es in diesem Jahr keinen pauschalen Winterabschiebestopp, sondern Einzelfallprüfungen. Ein entsprechender Vermerk hängt dem Protokoll an. Auf Nachfrage aus dem Ausschuss wagt Herr Meenen die Prognose, dass im kommenden Jahr ca. 4.000 Personen im Kreis Segeberg untergebracht werden müssen.

Der Landrat ergänzt, dass zu den genannten Zahlen noch die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge (umF) hinzugezählt werden müssen, da diese Anzahl nicht mehr von der Stadt Neumünster allein bewältigt werden könne. Es sei demnach von 150 umF pro Jahr auszugehen, was erhebliche Auswirkungen auf den Allgemeinen Sozialen Dienst und der Jugendhilfe haben werde, da Vormundschaften einzurichten und ggf. Einrichtungen aufzusuchen seien.

Zu den Nachfragen von Frau Hahn-Fricke zum Hinweis von Herrn Meenen, für 2016 einen Stellenmehrbedarf von 3,0 Vollzeitstellen anzukündigen, erklärt dieser, dass diese Stellen für drei Jahre befristet sein sollen und es müsste sich hierbei um Verwaltungspersonal handeln. Die Stimmung beim vorhandenen Personal sei gut. Eine sofortige Ausschreibung der Stellen sei nicht notwendig, da derzeit Personal über unbesetzte Stellen zur Verfügung gestellt werden könne.

Bisher seien ca. 45 bis 50 Personen nach ausführlichen Ausreisegesprächen freiwillig ausge-reist. Wohnraum sei in den Kommunen kaum noch vorhanden. Nach Aussage des Landrats sei es nur eine Frage der Zeit bis kein Wohnraum mehr vorhanden sein wird.

Den Hinweis von Herrn Gloger, dass die umF ein Bleiberecht hätten und diese eine Familienzusammenführung beantragen könnten, ergänzen Frau Grandt und Herr Meenen mit der Aussage, dass bei ca. 1/3 der allein gekommenen Männer bei einem positiv beschiedenen Asylantrag die Familien mit ca. jeweils 3-4 Personen nachziehen werden. Hier sei nicht unmittelbar der Kreis, sondern das Jobcenter betroffen.

Der Landrat erklärt auf weitere Nachfragen, dass die 500 aufgenommenen Personen in der Kaserne Boostedt bisher noch angerechnet werden. Allerdings solle eine Änderung der Aufnahmeverordnung vorgenommen werden. Zu Überlegungen des Landes zu der Kaserne in Bad Segeberg liegen der Verwaltung keine Informationen vor.

Nach Aussage des Landrates seien die Mitarbeiter der Bauverwaltung angehalten, bei Anträgen der Gemeinden kurzfristig zu reagieren und vorhandenen Ermessensspielraum auszunutzen. Vom zwingenden Recht könne nicht abgewichen werden. Allerdings seien auf Landes- und Bundesebene Vereinfachungsgesetze geplant.

Herr Dieck bittet darum, für den kommenden Haushalt eher mit höheren Zahlen zu rechnen und die Befristungen nicht zu kurz zu fassen. Des Weiteren müsse Potential genutzt werden, wie z.B. die freigestellten Mitarbeiter der Telekom in Südhessen.

Den Hinweis von Herrn Josov, dass die Stadt Hamburg die Kinder aus den Einrichtungen in Schleswig-Holstein unterbringt, nimmt Frau Grandt auf Bitten von Herrn Busch für die kommende Sitzung des Jugendhilfeausschusses mit.

Pause: 19:35 Uhr – 19:45 Uhr

zu 6.1 Psychiatrieplan Kreis Segeberg Jahresbericht 2014/15

Frau Dr. Hakimpour-Zern erläutert anhand der anhängenden Präsentation den Psychiatrieplan 2014/2015 und ergänzt, dass die Punkte des Inhaltsverzeichnisses einen laufenden Prozess darstellen sollen.

Aufgrund einer Nachfrage von Herrn Josov erklärt Frau Dr. Hakimpour-Zern, dass Minderjährige von diesem Plan nicht erfasst seien. Allerdings gebe es Beratungen der Kollegen aus ihrem Fachdienst für diejenigen aus dem Jugendamt, so dass z.B. auch minderjährige Flüchtlinge versorgt werden können.

zu 6.3 Tätigkeitsbericht der Heimaufsicht Vorlage: DrS/2015/218

Frau Schröder fasst den Bericht der Heimaufsicht zusammen und führt aus, dass die Umstrukturierung im Bereich Pflege im Langzeitbereich zu Veränderungen geführt habe. In einem Jahr

habe es bei der Hälfte der Einrichtungen einen Wechsel in Leitungsfunktionen gegeben. Des Weiteren erklärt sie, dass für die Heimaufsicht eine Orgauntersuchung beantragt, aber noch nicht durchgeführt sei.

Auf die Frage von Herrn Josov, wie sie die Aufstellung des Kreises vor dem Hintergrund, dass der Kreis ein Gesundheitsstandort darstellen wolle, sehe, erläutert Frau Schröder, dass grundsätzlich ein gutes Verantwortungsbewusstsein herrsche, aber dass es immer Ausnahmen sowie Fluktuation gebe. Die Aufsicht sei allerdings im Rahmen der bestehenden Mittel tätig und Belegstopp sowie Schließungen seien mögliche Konsequenzen. Wünschenswert seien mehr Tagespflegeplätze und eine bessere Verteilung.

Herr Ahrens merkt an, dass die Aufsicht die Möglichkeit zur Prüfung und Begleitung haben müsse, die Regelprüfungen in der Vergangenheit allerdings stetig abgenommen haben. Er bittet daher darum, eine halbe Stellen befristet einzusetzen, um die Rückstände aufarbeiten und die Regelprüfungen vornehmen zu können. Frau Lange führt aus, dass das Land derzeit eine Prüfrichtlinie erarbeiten würde. Des Weiteren seien im Rahmen des Projektes 203 des Kreises bereits gute Strukturen erfasst worden. Auf ihre Nachfrage erklärt Frau Schröder, dass den Einrichtungen einige Auffälligkeiten direkt vor Ort mitgeteilt werden würden. Andere könnten erst im Nachhinein nach Auswertung der Unterlagen durch einen ausführlichen Prüfbericht mit Feststellungen und Empfehlungen mitgeteilt werden. Hierbei handle es sich zunächst um eine Anhörung, ein Auflagenbescheid würde erst später erlassen werden. Der Vorrang liege bei der Beratung der Einrichtungen.

zu 6.4 Bericht zu MedComm

Herr Dr. Westphal gibt seine Präsentation zu MedComm sowie die aktuelle Projektskizze zu Protokoll.

Er erläutert, dass die Gesamtkosten für MedComm pro Jahr 2016, 2017 und 2018 jeweils 160.000 Euro betragen würden. Davon trage die WKS GmbH 50 %, sofern die zweite Hälfte über Drittmittel sichergestellt werde. Diese sollten als Ziel in Höhe von 40.000 Euro von den Kliniken, medizintechnischen Unternehmen und Kassen aus Südholstein und mit 40.000 Euro von den Aktivregionen stammen.

Zum gegenwärtigen Stand führt Herr Dr. Westphal aus, dass vier Kliniken aus dem Kreis Segeberg sich bereits verbindlich bereit erklärt hätten, pro Jahr jeweils 2.000 Euro zu bezahlen. Mit der Paracelsus Klinik HU und dem Forschungszentrum Borstel werde noch verhandelt; die Chancen für die Beteiligung schätze er als gut ein. Alle anderen Kliniken aus Südholstein seien angeschrieben worden mit der Bitte um Mitarbeit und Kofinanzierung MedComms. Die Gespräche würden aktuell laufen.

Des Weiteren biete die IHK zu Lübeck an, die medizintechnischen Unternehmen aus ihrem Firmenverteiler heraus mit den Unterschriften des Konsuls Jorkisch und Landrat Schröder anzuschreiben. Das Anschreiben müsse noch mit Herrn Graumann abgestimmt werden. Angeschrieben werden mindestens 140 Unternehmen aus Südholstein. Der angedachte Mitgliedsbeitrag werde je nach Firmengröße in gestaffelter Form gestaltet werden. Der Wirtschaftsbeirat der IHK zu Lübeck unterstütze einstimmig die Fortführung MedComms. Aktuell sei MedComm mit 7 von 12 Aktivregionen im konstruktiven Gespräch. MedComm werde in den Projektbeiräten der Aktivregionen im November das Kooperationsprojekt vorstellen und um Absichtserklärungen bitten, das Projekt finanziell zu unterstützen. Die Projektfederführung obliege der AR Holsteins Herz. Wenn feststeht, wieviel Mittel von Kliniken und Unternehmen bereitgestellt werden, werde der formale Projektantrag über Holsteins Herz auf den Weg gebracht.

zu 6.5 Weitere Berichte

Es werden keine weiteren Berichte vorgetragen.

zu 7 Verschiedenes

zu 7.1 Informationen und Anfragen

Herr Matthias Schröder informiert darüber, dass die Krankenkassen in der letzten Woche erklärt hätten, die Durchführung des Wirtschaftlichkeitsgutachtens bzgl. des Rettungsdienstes durch

den beauftragten Gutachter doch nicht mittragen zu wollen. Aus diesem Grunde hole sich der Kreis jetzt rechtliche Beratung ein und prüfe, die Schiedsstelle anzurufen.

zu 7.2 Anregungen für die nächste Sitzung

Die Vorsitzende kündigt für die kommende Sitzung die Haushaltsberatungen an.

zu 8 Einwohnerfragestunde II

Zu einer Nachfrage eines Einwohners zu der Forderung einer 0,5 VZS für die Heimaufsicht erklärt der Landrat, dass zunächst die Orgauntersuchung abgewartet werden müsse.

Die Vorsitzende schließt mit Dank an alle Beteiligten die Sitzung.

Gez. Rosemarie Jahn
(Ausschussvorsitz)

f.d.R. Harder
(Protokollführung)